

# Innovativ und flexibel. Steuern und Finanzen.

In Deutschland liegt der Anteil von Steuern und Abgaben an der Wirtschaftsleistung (37,6 Prozent in 2012) deutlich über dem OECD-Durchschnitt (34,6 Prozent in 2012). Über 570 Mrd. Euro haben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2013 an Steuern eingenommen. Neben der hohen Steuer- und Abgabenlast brems vor allem die Komplexität des deutschen Steuersystems das Wirtschaftswachstum. Vereinfachungen und Entlastungen sind überfällig. Die letzte Wirtschaftskrise hat die Bedeutung einer breiten und langfristigen Unternehmensfinanzierung deutlich gemacht. Der Zugang zur Finanzierung muss weiter verbessert werden, damit der Mittelstand der Stabilitätsanker Europas bleibt und somit Wachstum und Wohlstand sichert.

## Steuerpolitik

**Eigenkapitalquote stärken:** Derzeit werden Personengesellschaften steuerlich gegenüber Kapitalgesellschaften benachteiligt. Die zum Zweck der Gleichstellung eingeführte Thesaurierungsbegünstigung findet in der Praxis aufgrund hoher Komplexität und handwerklicher Fehler de facto keine Anwendung. Die Verwendungsreihenfolge (Last in – First out) muss abgeschafft werden, damit KMU bereits versteuerte Altgewinne flexibel entnehmen dürfen. Zudem muss die Gesamtsteuerlast gesenkt werden, da die derzeitige Gesamtbelastung (ca. 48%) nach Entnahme thesaurierter Gewinne oberhalb des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer liegt.

**Rechtsformunabhängige Besteuerung umsetzen:** Einzelkaufleute und Personhandelsgesellschaften sollten sich steuerlich als Kapitalgesellschaften behandeln lassen dürfen (vgl. Check-the-Box-Verfahren in USA) mit der Folge, dass sämtliche Entnahmen, einschließlich der geldwerten Vorteile, der Lohnsteuer unterworfen werden. Die Steuerbelastung würde aktuell bei etwa 30% des Gewinnes vor Steuern und nach dem Abzug des Unternehmerlohnes liegen, abhängig von der Höhe des Gewerbesteuersatzes. Der gesamte steuerrechtliche Rahmen für Kapitalgesellschaften könnte übernommen werden. Das Ziel der steuerlichen Gleichstellung wäre somit erreicht.

**Investitionen fördern:** Investierte Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, stärken die Eigenfinanzierung und erhöhen somit die Innovationsfähigkeit. Die Verkürzung der Abschreibungsdauer ist die einfachste Möglichkeit Investitionen zu fördern. Sie stellt kein Steuergeschenk, sondern lediglich eine Steuerstundung dar. Innovative KMU sind regelmäßig auf Eigenkapital angewiesen, um Produktideen zur Marktreife zu bringen.

Privatinvestoren sind bei der Reinvestition ihrer Gewinne jedoch gegenüber Kapitalgesellschaften deutlich benachteiligt. Investitionen in Forschung und Entwicklung müssen für Eigenkapitalgeber (z. B. Business Angels und Wagniskapitalgeber) durch eine einkünfteunabhängige Verlustverrechnung und durch Steuerstundung bei vergleichbaren Reinvestitionen (Roll-over) gefördert werden.

**Generalverdacht der Steuerhinterziehung entkräften:** Unternehmen stehen durch unzureichende Gesetzgebung unter Generalverdacht der Steuerhinterziehung. Steuerhinterziehung muss EU-weit erschwert werden, etwa durch eine einheitliche Regelung zur Verhinderung von Umsatzsteuerkarussellen, bei der in der gesamten Lieferkette durchgängig eine EU-Umsatzsteuerpflicht oder -befreiung besteht. Die Diskussion der Selbstanzeige befasst sich nur mit typischen Hinterziehungsfällen. Die bestehende technische Funktion, etwa bei der Korrektur der Umsatzsteuervoranmeldung, wird außer Acht gelassen. Die technische Form der straffreien Selbstanzeige muss erhalten bleiben.

**Bürokratischen Aufwand reduzieren:** Zusätzlicher bürokratischer Aufwand, z. B. durch die Gelangensbestätigung, muss verhindert, bestehender Erfüllungsaufwand reduziert werden. Dazu muss der Nationale Normenkontrollrat gestärkt werden.

## Finanzierung im Mittelstand

**Bankenfinanzierung stärken:** Bankbilanzen müssen transparenter gestaltet werden. Trotz des derzeitig niedrigen Leitzinses vergeben Banken zu wenig Kredite an den Mittelstand. Im Gegensatz zu Krediten an KMU müssen Banken bei Staatsanleihen kein Eigenkapital unterlegen. Eine schrittweise Einführung der Pflicht zur Eigenkapitalunterlegung bei Staatsanleihen senkt die Bilanzrisiken der Banken und stabilisiert langfristig den Finanzsektor. Nicht Kredite an KMU, sondern an Staaten haben Bankenrettungen erforderlich gemacht.

**Bankergänzende Finanzierung stärken:** Förderbanken und Bürgschaftsbanken sollten nicht wie privatwirtschaftlich geführte Financiers agieren. Sie müssen den klaren Auftrag erhalten, gemeinsam mit der privaten Wirtschaft Lösungen für einen privatwirtschaftlich finanzierten Mittelstand außerhalb der klassischen Bankfinanzierung zu erarbeiten. Konkrete Kooperationsvorschläge aus der Privatwirtschaft wurden bisher aufgrund bürokratischer Hürden und einer fehlenden Aufgeschlossenheit gegenüber innovativen Finanzierungsalternativen nicht aufgegriffen.

Die Mittelstandsallianz verschafft kleinen und mittleren Unternehmen in der Politik das Gehör, dass sie entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung verdienen. Die mittelständisch geprägten Branchenverbände setzen sich gemeinsam für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung in Deutschland und der Europäischen Union ein, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher KMU zu erhalten und zu stärken. In der Verbändelandschaft ist dieser Zusammenschluss einzigartig. Die Teilnehmer der Mittelstandsallianz eint der Wille, die für den Mittelstand dringenden Themen mit einer Stimme in die Politik zu tragen.

Die Mittelstandsallianz ist eine Initiative des BVMW.



**Mittelstands  
ALLIANZ**  
Eine Initiative des BVMW e.V.

**BVMW**  
Bundesverband  
mittelständische Wirtschaft